

# home and care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Herausgegeben von der STIFTUNG SOZIALER DIENST

Ausgabe April 2015



## **2014: Höchste Zuwanderung seit 1992**

Im vergangenen Jahr sind rund 470.000 mehr Menschen nach Deutschland zu- als fortgezogen. Davon geht das Statistische Bundesamt aus. Damit kam es zur höchsten Zuwanderung seit mehr als 20 Jahren. Lediglich 1992 lag die Zuwanderung bei rund 782.000 Menschen. Im Jahr 2013 betrug der Saldo aus Zu- und Abwanderung noch 429.000, 2012 rund 369.000 Menschen. Etwa drei Viertel der Zuwanderer stammten aus EU-Staaten.

## **Kürzere Asylverfahren**

Entscheidungen über Asylanträge fallen inzwischen schneller als bislang. Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg verkürzte sich 2014 die Dauer von Asylverfahren in Deutschland im Mittel von 7,7 Monaten im Juli auf 5,7 Monate im Dezember. Nach dem Willen der Bundesregierung soll die durchschnittliche Verfahrensdauer noch bis auf drei Monate zurückgehen.

Beim BAMF wurden im Februar dieses Jahres insgesamt 26.083 Asylanträge gestellt. Dies bedeutet einen Anstieg von 132,5 Prozent im Vergleich zum Februar 2014.

## **Immer mehr binationale Ehen**

In Deutschland leben rund 2,3 Millionen Ehepaare, von denen wenigstens ein Partner Ausländer ist. Damit sind etwa 13 Prozent aller 17,6 Millionen ehelichen Lebensgemeinschaften hierzulande sogenannte binationale Ehen. Bei sieben Prozent von ihnen ist ein Partner Deutscher, der andere ausländischer Staatsbürger. Bei sechs Prozent ist keiner der Eheleute im Besitz eines deutschen Passes, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden als Ergebnis des Mikrozensus 2013 mitteilte.



# Deutschland braucht Zuwanderer

*Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten mehr denn je darauf angewiesen sein, dass Menschen aus dem Ausland den absehbaren Mangel an Arbeitskräften ausgleichen, der sich aufgrund der demografischen Entwicklung hierzulande abzeichnet. Mehr als eine halbe Million Zuwanderer werden zukünftig im Durchschnitt jedes Jahr benötigt, wie eine Studie jetzt errechnete. Fest steht inzwischen auch, dass der Bedarf an Arbeitnehmern nicht allein durch neue Mitbürger aus anderen EU-Staaten zu decken ist.*

**D**ie Deutschen werden immer weniger und älter. Seit 1972 sterben jedes Jahr mehr Bundesbürger als neue das Licht der Welt erblicken. Folglich wächst der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung, während die Zahl der Erwerbstätigen weiter zurückgeht. Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) jetzt in einer gemeinsamen Studie mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg feststellte, dürfte die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 36 Prozent sinken von derzeit rund 45 Millionen auf dann unter 29 Millionen – wenn es nicht gelingen sollte, diese Lücke mit Einwanderern zu schließen. Selbst unter der Voraussetzung, dass bis dahin genauso viele Frauen berufstätig wären wie Männer und der Renteneintritt ab 2035 erst mit 70 Jahren erfolgte, würde dies die Zahl potenzieller Arbeitskräfte lediglich um 4,4 Millionen erhöhen, heißt es in der Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Eine solche Entwicklung hätte ebenso Einbußen beim Wohlstandsniveau und bei der Wirtschaftskraft Deutschlands zur Folge wie Probleme für unsere Sozialsysteme, betonten kürzlich die Bundesministerin für Arbeit und



*Bundesfamilienministerin Schwesig, Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und die Migrationbeauftragte Aydan Özoğuz*

Soziales, Andrea Nahles, Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz, bei der Vorstellung des neuen Forschungsberichts „Arbeitsmarkt 2030. Die Bedeutung der Zuwanderung für Beschäftigung und Wachstum“. Ihre Folgerung aus dem rückläufigen „Erwerbspersonenpotential in unserem Land in Millionenhöhe“: Einerseits sollen inländische Potenziale – gerade auch von Menschen mit Einwanderungshintergrund sowie von Frauen und Älteren – erschlossen werden. Andererseits müsse man dringend für mehr qualifizierte Einwanderung werben. Denn „unser Land profitiert von Einwanderung“, so die Ministerinnen.

Dabei darf sich Deutschland jedoch nicht auf eine weiterhin hohe Einwanderung aus der

# mehr aus Drittländern

EU verlassen, wie Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung, bei der Präsentation der eigenen Untersuchung „Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050“ warnte.

Denn die Autoren der Studie gehen davon aus, dass die derzeit noch hohe Zuwanderung aus anderen EU-Ländern schon bald nachlassen wird. Bisher finden demnach jährlich noch rund 300.000 EU-Bürger ihren Weg nach Deutschland. Doch auch in der gesamten Gemeinschaft lässt der demografische Wandel die Bevölkerung schrumpfen. Zudem dürfte bei einer wirtschaftlichen Erholung in den bisherigen (süd-)europäischen Krisenländern der Anreiz zur Auswanderung im Vergleich zu heute sinken. Auch der Zustrom aus Osteuropa soll nach Einschätzung der OECD nachlassen. Von dort kamen in den zurückliegenden Jahren die meisten Menschen nach Deutschland. Vor diesem Hintergrund rechnen die Experten des IAB bis zum Jahr 2050 im Jahresdurchschnitt nur noch mit bis zu 70.000 Einwanderern aus dem EU-Raum.

Deshalb hält es der Vorstand der Bertelsmann Stiftung für nötig, die Bemühungen um qualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten hierzulande zu intensivieren. „Wir müssen jetzt die Weichen stellen, damit Deutschland als Einwanderungsland auch für Drittstaatler attraktiver wird“, forderte Dräger und stimmt dabei mit den meisten Fachleuten überein. Demnach sollte ein verständliches Einwanderungssystem den Menschen außerhalb Deutschlands und der EU signalisieren, dass qualifizierte Zuwanderung aus Drittländern in die Bundesrepublik nicht nur erlaubt, sondern vielmehr erwünscht ist. Ein solches „Willkommenssignal“ (Dräger) müsste demnach der Grundtenor eines neuen Einwanderungsgesetzes sein, um das zurzeit in der Politik gestritten wird.

Die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen sollen nach Ansicht der Experten zu einer transparenten und einfachen Vorgabe für die Einwanderung enthalten und zum anderen Zuwanderern Perspektiven für einen langfristigen Aufenthalt und eine zügige Einbürgerung bieten. Darüber hinaus verweisen die Verfasser der IAB/Bertelsmann-Studie auf Erfahrungen aus der Migrationsforschung: Danach sind Staaten dann für ausländische Fachkräfte attraktiv, wenn sie gute Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe bieten. Dazu gehören Sprachförderung, Integration in den Arbeitsmarkt, gesellschaftliche Gleichstellung und Schutz vor Diskriminierung.

## Handwerk: Bleiberecht für Flüchtlinge in Ausbildung

Um eine ausreichende Verfügbarkeit von Fachkräften zu sichern, fordert das deutsche Handwerk ein Bleiberecht für Flüchtlinge in der Ausbildung. Es dürfe nicht sein, dass sowohl Auszubildende wie auch der betroffene Betrieb während einer begonnenen Ausbildung ständig eine Ablehnung des Asylantrags und damit eine plötzliche Abschiebung befürchten müssten, machte jüngst der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH), Hans Peter Wollseifer, zu der Debatte um Ausbildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge deutlich. Der ZDH vertritt mehr als eine Million Handwerksbetriebe in Deutschland.

Diese Firmen wären demnach bereit, mehr Flüchtlinge auszubilden und einzustellen, wenn die Rechtslage nicht so schwierig wäre. Dies schrecke gerade kleinere Betriebe ab, so der ZDH. Auch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung stuft die hohen bürokratischen Anforderungen als großes Problem ein. Darüber hinaus kritisiert das Institut die Dauer der Duldungen – von einem Monat bis zu einem Jahr – gemessen an Ausbildungsdauern von etwa drei Jahren als zu kurz.

# Immer mehr Migranten bilden Wohneigentum

**S**chaffe, schaffe, Häusle baue – dieses den Schwaben zugeschriebene Lebensmotto ist offenbar auch unter Einwanderern nicht unbekannt. Diesen Schluss legt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Berlin nahe, aus der hervorgeht, dass immer mehr Migranten in Deutschland Wohneigentum zur Selbstnutzung erwerben. Zudem steigt demnach die Wohneigentumsquote bei Migranten derzeit deutlich stärker an, als die von Einwohnern ohne Migrationshintergrund.

Wie die Difu-Untersuchung weiter ausweist, bringt die Bildung von Wohneigentum durch Zuwanderer auch vielfältige positive Effekte

für die Stadtentwicklung mit sich: Dies gilt insbesondere für Stadtviertel, die als gemeinlich benachteiligt eingestuft werden. In diesen Gebieten unterstütze die Wohneigentumsbildung eine Stabilisierung, betonen die Verfasser der Studie. Sie empfehlen daher den Kommunen, diese Chancen frühzeitig für die jeweiligen Stadtviertel zu identifizieren und in die Stadtentwicklungsplanung mit einzu beziehen. Dazu erarbeitete das Difu entsprechende Handlungsempfehlungen und macht in der Studie Vorschläge für notwendige Strategien, Maßnahmen und Strukturen. Diese müssten allerdings durch Bund und Länder unterstützt werden, betont das Institut.

## Erleichterungen für Asylbewerber

**A**sylbewerber sollen sich nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland freier im gesamten Bundesgebiet bewegen können. Das sieht eine der Erleichterungen im Asyl- bzw. Aufenthaltsrecht vor, die Bundestag und Bundesrat zur Verbesserung der Rechtsstellung dieser Personen beschlossen haben. Außerdem wurden die Hürden bei der Jobsuche für Asylsuchende gesenkt.

Durch den Wegfall der Residenzpflicht nach drei Monaten müssen Asylbewerber und geduldete Ausländer, also Flüchtlinge, deren Abschiebung ausgesetzt ist, nicht mehr jedes Mal eine Erlaubnis einholen, wenn sie den für sie behördlich festgelegten Aufenthaltsbe-

reich verlassen wollen. Allerdings wird für Asylbewerber und Geduldete, deren Lebensunterhalt nicht gesichert ist, der Wohnsitz festgelegt, an dem die Sozialleistungen erbracht werden.

Darüber hinaus stimmten beide Kammern einer Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zu. Danach sollen diese Personen nach der Erstaufnahmezeit künftig vorrangig Geld statt Sachleistungen erhalten, um ihre Selbstbestimmung zu stärken. Nur während des Aufenthalts in den Erstaufnahmeeinrichtungen wird an Sachleistungen festgehalten. Sachleistungen bleiben jedoch weiterhin möglich, um Versorgungsengpässe zu vermeiden.



### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALER DIENST  
Chilehaus  
Fischertwiete 2  
20095 Hamburg  
DEUTSCHLAND  
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der  
European Homecare GmbH  
Am Uhlenkrug 45  
45133 Essen

STIFTUNG SOZIALER DIENST



die deutsche Tochter der  
PUBLIC SERVICE FOUNDATION  
eine Initiative der EUROPEAN HOMECARE